

MiB

DIE LINKE.
Stadtverband Leipzig

Mitteilungsblatt
Nr. 10 - 21. Oktober 2014



Nachbetrachtungen zur Landtagswahl

Es ist gute Tradition in der Leipziger LINKEN, nach Wahlen und Wahlkämpfen kritisch und selbstkritisch einen Blick zurückzuwerfen. So möchten wir es auch nach den Landtagswahlen vom 31. August 2014 halten. Die gründliche und ehrliche Bewertung der Wahlergebnisse ist dabei kein Selbstzweck, sondern soll mithelfen, Stärken und Schwächen des Stadtverbandes und seiner Strukturen zu analysieren, um daraus wiederum Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit zu ziehen und die nächsten Aufgaben abzustecken. Zunächst ist es mir aber ein inneres Bedürfnis, nach einem anstrengenden Wahlkampfmarathon - der für uns bekanntlich mit der OBM-Wahl Anfang 2013 begann und erst nach der Teilneuwahl im Wahlkreis 9 am 12. Oktober 2014 zu Ende ist - auch an dieser Stelle nochmals ausdrücklich allen WahlkämpferInnen ganz herzlich zu danken. Zugleich möchten ich allen Gewählten, insbesondere den vier Landtagsabgeordneten Marco Böhme, Cornelia Falken, Juliane Nagel und Franz Sodann, herzlich gratulieren und viel Erfolg in ihrer parlamentarischen Arbeit wünschen.

Bei der Wahlauswertung stehen naturgemäß die Ergebnisse der Landtagswahl in Sachsen am 31. August auf Landes- und Stadtebene im Mittelpunkt. Es sollte aber bei der Bewertung nicht unbeachtet bleiben, dass fast zeitgleich mit den Wahlen in Brandenburg und Thüringen zwei weitere Land-

tagswahlen stattfanden. Damit hatten 25 Jahre nach der politischen Wende vom Herbst 1989 etwa 60 Prozent der in Ostdeutschland lebenden Menschen die Möglichkeit der Stimmabgabe. Die drei Wahlen hatten dabei in verschiedener Hinsicht bundespolitische Bedeutung. Zunächst fällt die extrem niedrige Wahlbeteiligung auf. In Sachsen und Brandenburg blieb mehr als die Hälfte, in Thüringen fast die Hälfte der Wählerschaft den Wahlurnen fern. Die Gewinnerin in allen drei Ländern war eindeutig die rechtspopulistische AfD, die in Brandenburg und Thüringen sogar ein zweistelliges Ergebnis einfuhr. Die FDP fiel überall deutlich unter die Fünf-Prozent-Sperre und ist nunmehr in Ostdeutschland in keinem Landtag mehr vertreten. Die NPD verlor ihre Mandate in Sachsen und scheiterte klar in Thüringen und Brandenburg. Insgesamt aber muss man von einer Rechtsverschiebung des politischen Spektrums ausgehen, denn mittelfristig verfügt die AfD über eine neue Machtoption: Die CDU kann dann mit ihr koalieren und damit einer rabiateren Politik der sogenannten inneren Sicherheit und Ausländerfeindlichkeit Raum geben.

Nach links bietet sich im Parteiensystem keine ähnliche Chance der Erweiterung. Der imaginäre Block von „Rot-Rot-Grün“ wird keine Ergänzung finden. Der Siegeszug der AfD ist angesichts des Zuspruchs eines erheblichen Teils ehemaliger WählerInnen der Linkspar-

tei eine große Herausforderung für uns. DIE LINKE bindet offenkundig immer weniger ProtestwählerInnen; das wirft notwendigerweise die Frage nach der Schärfung ihres linken und sozialen Profils auf. Der Absturz der LINKEN in Brandenburg um 8,6 Prozent wiederum thematisiert den fast schon „automatischen“ Verschleiß der Partei als kleiner Koalitionspartner in einer rot-roten Regierung. Gewinne in der Opposition sind wiederum auch keine Gesetzmäßigkeit. DIE LINKE in Sachsen beispielsweise verlor nach 2009 nun auch 2014 weiter und setzte damit den Abwärtstrend fort. Dass es auch anders geht, zeigt hingegen Thüringen: hier gewann DIE LINKE seit 1999 kontinuierlich und schaffte nun mit 28,2 Prozent ihr bisher bestes Ergebnis. Der Stadtverband Leipzig hat vor einigen Tagen seine Wahlanalyse veröffentlicht, in der wir methodisches Neuland betreten. Erstmals versuchen wir nun mit Hilfe des theoretischen Modells der „Sinus-Milieus“ aus eigener Kraft, zumindest auf Stadtebene, soziodemographische Faktoren und Prozesse präziser in den Blick zu nehmen. Die Sinus-Milieus sind als wissenschaftlich fundiertes Modell etabliert und verbinden demografische Eigenschaften wie Bildung, Beruf oder Einkommen mit den realen Lebenswelten der Menschen, d. h. mit ihrer Alltagswelt, ihren unterschiedlichen Lebensauffassungen und Lebensweisen. Dabei wird deutlich, dass wir weiterhin starke Ergebnisse in Stadtteilen mit

tendenziell unterdurchschnittlicher sozialer Lage erzielen. Wird diese Gruppe der stimmkräftigen Stadtgebiete differenziert, dann erreicht die LINKE auch weiterhin – bei starken Verlusten – in Stadtteilen mit einer modern-traditionellen Grundorientierung (z. B. Grünau) die meisten Stimmen knapp vor den Stadtgebieten mit modern-neuorientierter Grundorientierung (z. B. Connewitz). Diese Verluste im Bereich der sog. „Stammklientel der LINKEN“ sind aber weniger durch soziodemographische Effekte (Umzüge, Sterblichkeit) bedingt als vielmehr durch (partei-)politische Faktoren der LINKEN und die sinkende Wahlbeteiligung. Gerade

dieser Punkt sollte uns bei der Wahlauswertung besonders zu denken geben. Traditionell ist die Wahlbeteiligung in Leipzig unterdurchschnittlich. Diese geringe Wahlbeteiligung speziell in sozial benachteiligten Gebieten verweist auf ein strategisches Problem, vor dem die LINKE gerade in Leipzig in hohem Maße steht. Wahlergebnisse werden immer weniger sozial repräsentativ, weil die NichtwählerInnen überdurchschnittlich oft aus prekären Milieus stammen. Arbeitslosigkeit, Bildungsstand und Kaufkraft haben nachweislich immer mehr Einfluss auf die nachlassende Wahlbeteiligung. Damit geht eine soziale Spaltung der Demokratie

einher, die in Leipzig im bundesweiten Vergleich besonders stark ist. Nach einer Studie der Bertelsmann-Stiftung nehmen wir unter 28 bundesdeutschen Großstädten bei folgender Korrelation die traurige Spitzenposition ein: Je prekärer die soziale Situation in einem Stadtviertel, desto niedriger die Wahlbeteiligung. Dieser enge Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und Sozialstatus und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für unsere politische Arbeit muss den gesamten Stadtverband künftig wesentlich mehr beschäftigen.

Dr. Volker Külöw

Wir gehen zur Friedenswache: MONTAGS, 18.00 UHR, AUGUSTUSPLATZ...

Der verantwortungslosen Kriegs- und Aufrüstungspolitik des internationalen militärisch-industriellen Komplexes, die die NATO gegenwärtig wieder gefährlich auferstehen lässt, müssen die Völker in Europa, müssen wir in Deutschland endlich öffentlich entgegentreten. Das oft formelhafte offizielle Gedenken an die schrecklichen Weltkriegs-Katastrophen im 20. Jahrhundert muss in eine mobilisierende Friedensbewegung gegen heutige Kriege überall auf der Welt geführt werden, jede Aktion dafür ist zu unterstützen!

Deshalb gehen wir seit dem Frühjahr mit unseren Kindern montags zur Friedenswache auf den Augustusplatz, vor den Treppen der Oper. War sie anfangs, da in Redebeiträgen nationalistische Töne zu hören waren, auch „zweifelhaft“, festigte sie sich aber nach der Abspaltung von der sogenannten Berliner

Montagsdemo in einem überzeugenden antifaschistisch-demokratischen Rahmen und wird kontinuierlich vom Leipziger FRIEDENSZENTRUM und den Initiativkreisen LEIPZIG GEGEN KRIEG, Attac und NEIN ZUM LEIPZIGER KRIEGSFLUGHAFEN unterstützt.

Überparteilich von meist jungen Leuten organisiert, die allerdings auch wechseln und natürlich nicht in allen Auffassungen und Haltungen übereinstimmen, bildete sich auf dieser Friedenswache ein nun schon fester TeilnehmerInnen-Kreis, der mit immer neuen Interessierten die Chance wahrnimmt, die laufenden aktuellen Geschehnisse und Nachrichten in einer friedenspolitisch kritischen Sicht zu begreifen und nach vorbereiteten thematisch breiten Beiträgen dann am offenen Mikrofon – meist das erste Mal – selbst das Wort zu ergreifen...

Diejenigen, die wiederkommen, eint ein gemeinsamer Nenner, der wie in jedem Bündnis gegeben sein muss: Protest gegen die offiziell herrschende Medienpolitik, Wut über die Lügenmärchen zum Ukraine-Krieg, Ablehnung und Zorn über das gefährliche Herbeireden einer immer größeren deutschen Beteiligungspflicht an Militäreinsätzen und NATO-Präsenz. Alle eint die Angst vor dem Krieg...

Deshalb – macht mit. Diese Friedenswache hat nichts mit rechten Ideen gemein. Und Russland, und damit meinen wir nicht Putin, mag der zwar der nun inzwischen erklärte neue Feind des westlichen Kapitals sein, aber es ist nicht der unsere. Es ist eine neue Chance, sich öffentlich zum Frieden zu bekennen!

Dr. Helga Lemme
Dr. Christel Hartinger

Anmerkungen zur Landtagswahl am 31. August 2014 Die Ausgangsbedingungen der Wahl

Wirtschaftliche Lage in Sachsen

Auch wenn die sächsische Landesregierung sich immer wieder ihrer scheinbaren wirtschaftlichen Erfolge rühmt, kommt dabei letztlich kaum etwas bei den finanziell Schwachen an. Seit Jahren wachsen die Einkommensunterschiede an, und vom Erreichen des Lebensstandards der westdeutschen Bundesländer kann die Mehrzahl der Menschen im Lande nur träumen. So ist die Quote der sogenannten Hartz

IV-AufstockerInnen, welche zusätzlich zu ihrem Lohn noch „zum Amt“ gehen müssen, um über die Runden zu kommen, in Sachsen unter den bundesweiten Höchstwerten. Hinter der für ostdeutsche Verhältnisse relativ niedrigen Zahl an Erwerbslosen steckt eben ein großer Anteil an gering entlohnter, aber sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter, auf welche künftig eine dementsprechende Rente wartet. Aber auch in anderen gesellschaftlichen Be-

reichen gibt es Nachholbedarf. Für Kindertagesstätten und Schulen werden Betreuungsschlüssel und Klassenteiler nach Haushaltslage auf Kante genäht und nicht an die Bedürfnisse angepasst. Ausfälle und Sparprogramme sind deswegen an der Tagesordnung. Und in den Unis steht alles, was nicht unmittelbar wirtschaftlich verwertbar ist, zur Disposition, was regelmäßig Studierende auf die Straße bringt. Trotz der Proteste und Initiativen von

verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren für mehr Investitionen in Soziales und Bildung oder für eine bessere finanzielle Ausstattung der klammen Kommunen wollte die – nunmehr ehemalige – CDU/FDP-Regierung weiterhin Einsparungen vornehmen.

Politische Lage in Sachsen

Seit 1990 vermarktet die CDU Sachsen als das Bayern des Ostens. Was ihr anfänglich, unter dem fast allmächtig erscheinenden „König“ Kurt Biedenkopf, noch Traumergebnisse von über 50% einbrachte, konnte auf Dauer nicht gehalten werden. Als der Mythos „König Kurt“ weg war, wurde es für sie nötig, Koalitionspartner zu suchen. Die CDU selbst präsentierte sich bei jeder Regierung als die konservative Staatspartei mit der Kernkompetenz Wirtschaft. Sie versuchte, aus der dahinsiechenden FDP zu gewinnen, was möglich war und setzte nicht auf sogenannte Leihstimmen. Nach aktuellen Umfragen waren knapp 60 % mit der Landesregierung zufrieden. Die FDP in Sachsen versuchte, sich mit allen Mitteln vom desaströsen Bundestrend loszusagen und gab die Parole aus: „Sachsen ist nicht Berlin!“. Selber hatte sie kaum Erfolge aus ihren fünf Jahren Regierungsbeteiligung vorzuweisen. Die SPD hatte großes Interesse wieder mit zu regieren, legte sich aber nicht fest, mit wem sie dies tun möchte. So galt sie nur als mögliche Mehrheitsbeschafferin für die CDU oder ein eventuelles „Rot-Rot-Grünes Projekt“. Auch wenn sie sich wieder deutlicher als soziale Kraft darstellt, folgt daraus nicht zwangsläufig eine wirtschaftlichen Interessen widersprechende Politik. Die Grünen agierten ähnlich wie die SPD. Aus der Partei kamen einerseits Signale für eine Ablösung der CDU-Regierung, aber, besonders von der ehemaligen Fraktionsvorsitzenden, auch Anzeichen für eine Offenheit gegenüber einer schwarz-grünen Koalition. Die NPD und ihre Aktivitäten dürfen selbstverständlich nicht außer Acht gelassen werden. Sie ist die größte und zusammen mit ihrer Jugendstruktur JN die öffentlich aktivste nationalistische, rassistische und faschistische Organisation in Sachsen. Glücklicherweise scheint

aber der parlamentarische Höhenflug, auch aufgrund einer neuen Alternative für Deutschland (AfD) vorerst gestoppt. Die AfD konnte bereits bei den Wahlen zum Bundestag vor einem Jahr in Sachsen eines ihrer besten Ergebnisse erreichen. Sie agiert in der Grauzone zwischen CDU und NPD. Dabei konnte sie bei beiden Parteien auf frustrierte WählerInnen hoffen. Aber auch im Bereich ehemaliger FDP-WählerInnen und bei sogenannten ProtestwählerInnen konnte sie auf Stimmen zählen. DIE LINKE ging am 31. August als größte Oppositionspartei und eigenständige Kraft ins Rennen. Sie forderte die CDU heraus und strebte die Regierungsverantwortung an. Als Partei der sozialen Frage und der Freiheit war dabei nicht nur ein Regierungswechsel, sondern ein realer Politikwechsel das Ziel. Dieses sollte im Gegensatz zu den Festlegungen aller anderen demokratischen Parteien jenseits der CDU erfolgen. Deshalb richtete sie ein Angebot an SPD und Grüne für eine sächsische Regierung ohne CDU. Auf eine verschiedene Milieus umfassende Wechselstimmung in der Bevölkerung konnte sie dabei nicht setzen.

Die Wahlergebnisse

Der Blick auf den Freistaat Sachsen

Am 30. August 2014 waren 3.375.734 Wahlberechtigte in Sachsen aufgerufen, einen neuen Landtag zu wählen. Tatsächlich nutzten davon lediglich 1.659.645 BürgerInnen diese Möglichkeit der demokratischen Partizipation, was einer Wahlbeteiligung von nur 49,2 % entspricht. Dieser Wert ist der geringste seit dem Jahr 1990. Die CDU ist mit 39,4 % die Wahlgewinnerin und wird auch zukünftig den Ministerpräsidenten im Freistaat Sachsen stellen. Gemessen am prozentualen Zuwachs sind sowohl die AfD (+9,7 %) als auch die SPD (2,0 %) als Wahlgewinner zu bezeichnen. Der starke Stimmengewinn der AfD ist bedingt durch das erstmalige Antreten bei einer sächsischen Landtagswahl und bestätigt den positiven Wahlrend dieser Partei in Sachsen. Der Aufwärtstrend der SPD ist im Besonderen auf ihr geringes Ausgangs-

niveau zurückzuführen. Starke Verluste mussten die FDP (-6,2 %) einstecken. Der existenzielle Abwärtstrend der FDP konnte auch in Sachsen nicht gestoppt werden, und es wird sich zeigen, ob diese Partei zukünftig noch im Kanon der etablierten bundesdeutschen Parteien verbleiben wird. Aber auch unsere Partei, DIE LINKE, hat ihren tendenziellen Abwärtstrend der letzten Jahre nicht stoppen können, verliert knapp zwei Prozent und verpasst die 20 %-Marke mit 18,9 % deutlich. Die Grünen ziehen nach geringen Verlusten mit 5,7 % in den Landtag ein, während die neonazistische NPD denkbar knapp mit 4,95 % an der Fünfprozenthürde scheitert. Es fehlten ihr glücklicherweise 809 Stimmen. Im neuen Landtag werden 126 ParlamentarierInnen Platz nehmen. Die stärkste Fraktion ist die CDU mit 59 Mandaten, die alle durch die DirektkandidatInnen in den jeweiligen Wahlkreisen gewonnen wurden. Die Oppositionsführerin, DIE LINKE, kommt auf 27 Sitze und konnte nur noch ein Direktmandat, welches Juliane Nagel im Wahlkreis Leipzig-Süd errungen hat, erreichen. Die weiteren Landtagssitze verteilen sich mit 18 Sitzen auf die SPD, 14 Sitzen für die AfD und 8 Sitzen für die Grünen.

Die Wahlergebnisse in Leipzig

Die Wahlbeteiligung lag in Leipzig bei 44,3 % (Sachsen: 49,2 %). Verglichen mit den letzten Landtagswahlen entspricht dies einem Rückgang von 4,7 %. Die Stadt Leipzig weist im gesamten Freistaat Sachsen eine der geringsten Wahlbeteiligungen auf. Die CDU konnte mit 29,9 % in Leipzig die stärkste Kraft werden, gefolgt von der LINKEN mit 22,6 %. Beide Parteien sanken in der Wählergunst, die CDU um 1,4 %, DIE LINKE um 0,4 %. Den größten Sprung nach oben machte die AfD mit 7,3 %, und auch die SPD verzeichnete mit 1,7 Prozentpunkten einen moderaten Zuwachs. Im Vergleich der Stadt- und Kreisverbände erzielen die Stadtverbände Chemnitz (23,5 %) und Leipzig (22,6 %) die besten Ergebnisse. Aufgrund der hohen Wahlbeteiligung kann der Stadtverband Dresden die meisten Listenstimmen (absolut: 46.171) zum Gesamtergebnis der sächsischen LIN-

KEN beitragen, gefolgt vom SV Leipzig mit insgesamt 42.922 Listenstimmen. Die LINKE holt in den drei Großstädten Dresden, Leipzig und Chemnitz 35,8 % ihrer Stimmen. Der Leipziger Stadtverband trägt 13,9 % zum landesweiten Endergebnis unserer Partei bei. Die Parteien aus dem Mitte-Links-Segment (LINKE, SPD, Grüne) stellen gemeinsam mit 50,1 % die CDU mit 29,9 % deutlich in den Schatten und erringen knapp die absolute Mehrheit in Leipzig. Der Abstand dieser Parteien auf die CDU erhöhte sich von 18,1 % im Jahr 2009 auf 20,2 %. Dennoch reicht dieses strukturelle „Übergewicht“ des Mitte-Links-Segments der politischen Landschaft in Leipzig – mit Ausnahme von Juliane Nagel im Wahlkreis Leipzig-Süd – nicht aus, den erfolgreichen Zugriff der CDU auf die Leipziger Direktmandate zu verhindern. Sie konnte abermals mit vergleichsweise schwachen Ergebnissen und Wahlverlusten sechs der sieben Leipziger Wahlkreise direkt gewinnen. Langfristig betrachtet verliert die Leipziger CDU seit Anfang der 1990er Jahre Stimmen. Lag sie damals noch bei

knapp 50 %, sank sie 2013 erstmals unter die 30 %-Marke. DIE LINKE verharret bei einer moderaten Abwärtstendenz, die 1999 einsetzte, als zweitstärkste politische Kraft in der Stadt. Bei der Landtagswahl 2014 gaben uns 2.869 Menschen weniger ihre Stimme als 2009. Die höchsten prozentualen Listenstimmenergebnisse errangen wir in Grünau (33,3 %) und in Connewitz (31,2 %). Die Stadtteile mit den größten realen Stimmengewinnen waren die Südvorstadt (2.422), Connewitz (2.318), Reudnitz-Thonberg (1.512), Zentrum-Süd (1.229) und Plagwitz (1.192). Die, relativ gesehen, größten Stimmenverluste gab es in den Stadtteilen Zentrum (87), Hartmannsdorf-Knautnaundorf (95), Baalsdorf (106), Althen-Kleinpösna (113) und Seehausen (137). In Bezug auf die Direktwahlkreise besitzt DIE LINKE ihre Hochburg nach absoluten Zahlen in Leipzig-Süd, wo 8.922 Stimmen auf Juliane Nagel entfielen. Ihre prozentuale Hochburg liegt hingegen im Leipziger Westen, wo Dietmar Pellmann 29,9% der Erststimmen erreichen konnte. Die Endergeb-

nisse aus allen Leipziger Wahlkreisen zeigen, wie knapp DIE LINKE. Leipzig an einem kleinen Achtungserfolg vorbeigeschrammt ist. Nur wenige hundert Stimmen fehlten zum Erreichen von vier Direktmandaten in der Stadt. Diesen knappen Vorsprung der CDU vor der LINKEN wett zu machen, sollte auf Landesebene eine Aufgabe der politischen Arbeit in den nächsten fünf Jahren sein. In drei Jahren gilt es, den Bundestagswahlkreis Leipzig-Süd direkt ins Visier zu nehmen. Werden die Direktstimmenergebnisse der Landtagswahl 2014 auf den Bundestagswahlkreis Leipzig-Süd umgelegt, dann können wir feststellen, dass wir die CDU mit 12 Stimmen auf den zweiten Rang verdrängt haben. Richten wir also den Blick nach vorn und überzeugen wir die WählerInnen von unserer Politik, die gewiss in positiven (Leipziger) Wahlergebnissen bei der Bundestagswahl 2017 münden wird.

Wir bleiben dran,
euer **Kay Kamieth**

Eine Million Euro für den Katholikentag belastet Leipziger Stadtkasse unverhältnismäßig!

Nachdem sich die ehemalige Finanzbürgermeisterin und jetzige Bundestagsabgeordnete Kudla (CDU) für die städtische Förderung von einer Million Euro für den 100. Deutschen Katholikentag als angemessen ausgesprochen hat, nachdem der Ex-Thomaspfarrer Wolff all jene kritisiert, die der Bewilligung eines solchen Zuschusses ablehnend gegenüberstehen, nachdem zwei Politiker der SPD-Stadtratsfraktion der Ansicht sind, dass es sich hier nicht um eine Förderung der römisch-katholischen Kirche, sondern um eine große Chance für die Stadt in der Außenwirkung handele, hat sich nun auch noch Oberbürgermeister Jung in die Diskussion eingeschaltet: Es wäre die falsche Botschaft, wenn wir unsere Unterstützung für die katholische Minderheit versagen würden.

Nein Herr Oberbürgermeister, nein Frau Kudla und nein meine Damen und Herren, es geht nicht darum, ob Leipzig eine Minderheit nicht unterstützen

soll. Natürlich ist es schön, wenn unsere Stadt viele Menschen aus ganz Deutschland und aus anderen Ländern zu Gast hat. Es ist schön, wenn sie Leipzig erleben können und nach ihrer Heimkehr über unsere Stadt berichten. Es ist auch schön, wenn katholische Menschen, hier in der Diaspora, anderen zeigen können, wie sie leben. Wenn es ohne missionarischen Ansatz geschieht, ist alles gut, ist alles richtig. Leipzig ist eine weltoffene Stadt. Der 100. Katholikentag ist uns willkommen, auch wenn hier überwiegend Atheisten leben, auch wenn wir hier unsere lutherisch geprägte Kultur und Geschichte pflegen und zur Wendezeit die evangelischen Kirchen voll waren.

Ja, am 11. September wurde Vertretern der Stadtratsfraktionen ein schlüssiger Finanzplan des 100. Katholikentages vom Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen Katholiken vorgelegt. Herr Dr. Vesper und seine Mitstreiter haben das in einer sehr

freundlichen, offenen und nachdrücklichen Weise getan. Wir wissen jetzt, dass zur Organisation dieses Festes der katholischen Laien tatsächlich insgesamt 9,9 Mio. Euro gebraucht werden, sonst kann das Fest nicht wie geplant ablaufen. Der Millionenzuschuss der Stadt Leipzig spielt da eine wichtige Rolle. Auch das Bistum Meißen bezuschusst den Kirchentag mit 600.000 Euro, obwohl es kein reiches Bistum ist. Doch ändert sich mit dieser Erkenntnis etwas in der Sache selbst? Ich sage nein.

Leipzig ist leider eine arme Stadt, die Probleme hat, ihre sozialen Pflichten zu erfüllen. Es gibt in Leipzig über 43.000 Bedarfsgemeinschaften, für die wir Kosten der Unterkunft bezahlen. Es gibt knapp 22.000 langzeitarbeitslose Menschen, die sozial ganz unten stehen. Es gibt immer noch sehr viele BürgerInnen, die jeden Cent mehrmals umdrehen müssen, bevor sie ihn ausgeben. Die Nennung solcher Prob-

leme ist kein Populismus, sondern die Wahrheit. Wie sollen wir diesen Leuten sagen, dass wir mal eben eine Million Euro für einen Kirchentag ausgeben? Unsere Schulen und Kitas dürsten geradezu nach finanziellen Zuwendungen, damit Sanitäreinrichtungen, Fenster und Brandschutz endlich auf den heutigen Standard gebracht werden können. Viele Straßen in unserer Stadt

verdienen diese Bezeichnung nicht. Jeder Cent ist wichtig. Und ehrlich, profitiert denn die gesamte Stadtgesellschaft, wenn hier ein Fest stattfindet? Händlern und der Gastronomie sei es gegönnt, wenn sie gut verdienen. Aber wenn das der Stadtgesellschaft eine Million Euro kostet, muss die Frage erlaubt sein, ob der Gewinn für das Stadtsäckel wirklich höher ist.

Wie würden wir uns eigentlich verhalten, wenn morgen Buddhisten oder andere Religionen Gleiches in gleicher Höhe verlangten?

Nein, meine Damen und Herren, für eine Million Euro ist die Freude der meisten Leipziger über dieses schöne große Fest getrübt.

William Grosser

„Antifa-Sportgruppe“ hat es nicht gegeben – Ermittlungen gegen AntifaschistInnen laufen ins Leere

Im September 2014 wurden die noch laufenden Ermittlungsverfahren nach § 129 Strafgesetzbuch („Bildung einer kriminellen Vereinigung“) gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten in Sachsen eingestellt. Betroffen waren zuletzt noch etwa 20 Personen, darunter auch zwei aus Leipzig und der Jenaer Stadtjugendpfarrer Lothar König.

Die Ermittlungen stehen in einem Kontext mit dem skandalösen Vorgehen der sächsischen Behörden gegen die Proteste gegen die Februar-Naziaufmärsche in Dresden. Stichworte dafür sind: über 1.000 Verfahren gegen friedliche BlockiererInnen, die massenhafte Ausspähung von Handydaten, die Anklage gegen Lothar König wegen „aufwieglerischen Landfriedensbruch“ oder die gewaltsame Stürmung des Hauses der Begegnung in Dresden durch das SEK.

Mit den aktuellen Einstellungen hat sich erwiesen: Die „Antifa-Sportgruppe“ ist ein Hirngespinnst der sächsischen Repressions- und Strafverfolgungsbehörden. Konstruiert wurde eine organisierte Gruppe, die gezielt Angriffe auf Neonazis verübt haben soll.

Diese Vorwürfe erweisen sich nun vier Jahre später als bodenlos. Vier Jahre hatten die Betroffenen allerdings mit der gesamten Palette an Überwachungsmaßnahmen zu tun. Der „Schnüffelparagraph“ 129 Strafgesetzbuch ermöglicht massive Eingriffe in die Privatsphäre der Betroffenen und ihrer Umfeldler: Telekommunikations- und Postüberwachung, Observationen und die Befragung des persönlichen Umfeldes sind an der Tagesordnung. Es ist besonders perfide, dass die

Staatsanwaltschaft Dresden 18 der Verfahren wegen „geringer Schuld“ eingestellt hat. Sie hat zwar nichts gefunden, was zur Anklage vor einem Gericht reicht, will die Betroffenen aber trotzdem brandmarken. Zudem wird damit das Einklagen von Entschädigungen für die jahrelangen Grundrechtseingriffe erheblich erschwert. Zwei weitere Verfahren wurden wegen anderer laufender Verfahren eingestellt. Dies betrifft auch Lothar König, der auf Grundlage einer skandalösen Anklageschrift wegen schwerem Landfriedensbruch angeklagt ist. Dieses Verfahren soll im November wieder aufgenommen werden.

Beim so genannten „Antifa-Sportgruppenverfahren“ zeigt sich wiederum der Ermittlungseifer der sächsischen Justiz gegen links. Im Zuge der Ermittlungen gegen zunächst um die 50 Personen wurden im Zuge von Funkzellenabfragen während der Proteste gegen den Naziaufmarsch am 13. und 19. Februar 2011 Handyverbindungsdaten von mehreren zehntausend Menschen erfasst, was einen schwerwiegenden Verstoß gegen den Datenschutz bedeutet. Der Dresdner Polizeichef musste deswegen seinen Hut nehmen.

Die Einstellung der Ermittlungsverfahren nach § 129 StGb gibt zwar Hoffnung, die Art der Einstellung und die verbale Begleitung durch die Justiz geben jedoch klar zu verstehen, dass trotz mangelnder Beweise an der Erzählung festgehalten wird. Der Oberstaatsanwalt Lorenz Haase hielt in Reaktion auf Medienberichterstattungen - wider besseren Wissens bzw. mangels Beweisen - an der These fest, dass es die

Gruppe gegeben habe.

DIE LINKE fordert seit jeher die Abschaffung des § 129 Strafgesetzbuch. Denn dieser Strafrechts-Paragraph ermöglicht den Repressions- und Strafverfolgungsbehörden, Menschen ohne konkreten Tatverdacht auszuspionieren und zu überwachen. Intendiert ist die Erforschung von politischen Strukturen und Zusammenhängen. Die Geschichte des Paragraphen 129 reicht bis ins 19. Jahrhundert zurück und reiht sich in die deutsche Tradition der autoritären Bekämpfung basisdemokratischer, progressiver Kräfte ein. Im postfaschistischen Deutschland, das sich der Ursprünge des Reichstrafgesetzbuches von 1871 bediente, wurde der § 129 schnell zum wichtigen Instrument im Kampf gegen links. Er spielte bei der Verfolgung von KommunistInnen und dem Verbot der KPD eine zentrale Rolle.

Es gibt auch in der jüngeren Vergangenheit einen klaren Schwerpunkt der Ermittlungen nach § 129 StGb auf der linken Seite. Die allerwenigsten der Ermittlungen führen zur Anklage.

Es bleibt festzuhalten, dass ein konsequenter Antifaschismus vor den Drohgebärden einer konservativen Politik und einer politisch gefärbten und latent rechtsstaatfeindlichen Justiz nicht einknicken darf. Nicht zuletzt wird sich antifaschistisches Handeln auch mit dem Rausfall der NPD aus dem Sächsischen Landtag oder dem Ende des Nazizentrums in der Odermannstraße längst nicht erledigt haben.

Juliane Nagel

Mitnehmen und Aktivieren

Wer bewusst in der Linken ist, sieht sich selbst als politisches Wesen. Als politikinteressierte Menschen wussten wir, dass es bei der Landtagswahl nicht viel zu gewinnen oder gar zu verändern gab. Mit den Hochschulprotesten haben wir trotzdem viele StudentInnen an die Wahlkampfstände und Wahlurnen getrieben, und auch die Begeisterung beim Wahlkampf war dort spürbar. Von älteren (35+) gab es bei unseren Ständen nur zwei Reaktionen: „Wir wählen euch doch eh schon immer“ und „Nein danke“. Themendiskussionen habe ich nur mit Menschen geführt, die sich noch in irgendeiner Form in der Ausbildung befanden. Auf der anderen Seite gab es in der Vergangenheit auch schon Wahlen, die mich selbst nur halbkalt interessiert haben. So sah mein Engagement dann auch aus. Nachher hab ich nicht mal bei uns das Kreuz gemacht, weil ich mich nicht vertreten sah. Manchmal ist die eigene Stimme auch besser irgendwo in den unteren Zeilen beim Protest aufgehoben. Zwischen mir und der Partei und jeder KandidatIn stehen immer auch persönliche und politische Differenzen. Der Glaube, wir haben in den eigenen Reihen jede Stimme sicher und wir müssen eh keinen Wahlkampf bei uns machen, führt zu geringer Aktivierung. Besonders wenn die zentral gesetzten Themenschwerpunkte sich nicht mit den eigenen Themenschwerpunkten überdecken. DIE LINKE ist sehr breit aufgestellt, und das ist keine Kritik. Ich bin froh, dass wir nicht anfangen aus unserer Partei heraus die USPD, die KPD, SAP und die SED neu zu gründen, um ein paar „Flügelkämpfen“ aus dem Weg zu gehen, wir haben unseren Namen, DIE LINKE, nicht ohne Grund so gewählt. Dabei ist jedem klar, dass, sollte mal die „Revolution“ auf den Weg kommen, wir die passenden Konterrevolutionäre schon in den eigenen Reihen haben.

Dieses breit gefächerte Spektrum von politischen Einstellungen führt unweigerlich dazu, dass DIE LINKE nicht immer und bei jeder Wahl die richtige Partei für die konkret eigene Stimme ist. Nach der Europawahl hat ein einziger Abgeordneter der Partei DIE PARTEI für mehr Diskussion gesorgt als die gesamte Europäische Linke in der vorangegangenen Legislaturperiode zusammen. Verständlich ist dann, dass wir Mitglieder haben, die in

„Inhalte Überwinden“ eine konkretere und politisch relevantere Botschaft sehen, als in unseren Plakataktionen. Und wer niemanden aus der Partei kennt, der zumindest mit dem Gedanken gespielt hat, Die PARTEI oder Die Piraten zu wählen, der sollte sich mehr mit GenossInnen umgeben, die unser Programm gelesen haben.

Wir haben bis 2017 viel Zeit, um außerhalb des Wahlkampfes wieder nicht wahrgenommen zu werden. Aber wenn es dann wieder losgeht, müssen wir in den eigenen Reihen Wahlkampf machen, sonst sind wir wieder die selben, die erfolglos versuchen, die selben Kandidaten mit den selben Themen an den gelangweilten (Nicht)Wähler zu bringen.

Bei jeder möglichen oder utopischen Regierungsbeteiligung stellen wir uns in den Basisgruppen die Frage, welche Kompromisse wir eingehen würden und in welchen Bereichen wir kompromisslos wären. Und stellt man diese Frage fünf GenossInnen, bekommt man zehn unterschiedliche Antworten. Außerdem führt jeder Kompromiss unweigerlich zu Austritten, da es immer Menschen gibt, die genau wegen dieses Themas in unserer Partei sind. Aber das macht uns auch stark, denn mit genau diesen Themen aktivieren wir das eingeschlafene Mitglied.

Ich lehne spezifische KandidatInnen, Themen, Wahlkämpfe nicht ohne Grund ab. Ich beteilige mich aus politischer Überzeugung, und aus politischer Überzeugung halte ich mich fern. Nach jedem Wahlkampf wird laut gegen die gewettert, die sich „nicht ausreichend beteiligt“ ha-

ben. Die, auf den der Finger zeigt, sind aber jedes Mal andere. Wir müssen aufhören mit dem Prangern im Nachhinein sondern endlich ehrliche Anstrengung machen, alle GenossInnen mitzunehmen und auch im Wahlkampf einzusetzen. Wir werden es doch überleben, wenn ein paar Leute zur Bundestagswahl 2017 mal keine Personenflyer am Stand verteilen oder lieber einen BGE-Flyer liegen haben, anstatt unserer Gute-Arbeit-Guter-Lohn-Blättchen. Wir sind keine homogene Gruppe, und wir müssen auch keinen homogenen Wahlkampf führen. Aber wir brauchen viele und viele begeisterte WahlkämpferInnen und nicht nur Wahlkampfvieh, das leider notwendig ist, weil die paar Kandidaten es ja am Ende doch nicht alleine in die Parlamente schaffen. Ich würde mir wünschen: Wir machen 2015 und 2016 zu Inhaltsjahren, wo wir mit monatlich einer Veranstaltung bei zentralen Aktionsständen, Podiumsdiskussionen, Filmvorführungen usw. auch nach innen zeigen, dass wir uns für wichtige Belange einsetzen, auch wenn wir sie im Wahlkampf nicht ausreichend thematisieren. Und dann 2017 streuen wir die Schuld danach nicht bei denen, die aus guten Gründen kaum parteigesteuerten Wahlkampf gemacht haben sondern schaffen von vornherein gute Gründe, sich mit Herz auf die eigene Art und Weise für DIE LINKE stark zu machen.

Dann können wir uns immer noch gemeinsam über die doofen Plakate aufregen, die uns die Bundespartei da wieder geschickt hat.

Mario Wenzel

2. Tagung des 4. Stadtparteitages

Die 2. Tagung des 4. Stadtparteitages DIE LINKE Leipzig wird für Sa., den 22. November 2014, 9:30 bis 16:00 Uhr einberufen. Die Konferenz findet im Veranstaltungssaal der LVB Angerbrücke, Jahn-Allee 56, statt.

vorläufige Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Konstituierung der 2. Tagung des 4. Stadtparteitages
3. Referat des Vorsitzenden
4. Diskussion
5. Bericht der Mandatsprüfungskommission
6. Vorstellung und Wahlen (Landesparteitag, Landesrat)
7. Plan der Einnahmen und Ausgaben 2015
8. Anträge
9. Schlusswort

Tipps und Veranstaltungen

Beratung der Ortsvorsitzenden und Sprecher der Zusammenschlüsse

3. Dienstag, 18:30 Uhr

AG Antifa

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

AG Behindertenpolitik

3. Dienstag, 15:00 Uhr, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16

AG Betrieb & Gewerkschaft

1. Mittwoch, 18:00 Uhr

AG Cuba si

2. Dienstag, 18:00 Uhr

AG Frieden und Gedenken

4. Dienstag, 17:30 Uhr

AG Junge GenossInnen

Samstag, vorm Filmabend, 18:00 Uhr

AG Kunst und Kultur

1. Dienstag, 18:30 Uhr

Ökologische Plattform

1. Mittwoch, 19:00 Uhr

AG Linke UnternehmerInnen

samstags, 14:00 Uhr, Monopol, Haferkornstraße 15

Lisa emanzipatorische Frauengruppe

Dienstag, alle 14 Tage fortlaufend, Ort auf Anfrage: 0177 7971080

AG Senioren

1. Donnerstag, 9:00 Uhr

AG Soziale Politik

1. Dienstag, 18:30 Uhr

GBM e. V. – Sprechstunden

1. Montag, 9:15 bis 11:15 Uhr

GRH e. V. – Sprechstunden

3. Mittwoch, 15:00 Uhr

ISOR e. V.

4. Mittwoch, 16:00 Uhr, Str. d. 18. Okt.

Linksjugend - Plenum

1. Donnerstag, 18:00 Uhr

3. Donnerstag, 18:00 Uhr (Stammtisch)

Marxistisches Forum

1. Dienstag, 18:00 Uhr

Rentenberatung

nach telefonischer Vereinbarung

Die Linke.SDS

mittwochs, 19:00 Uhr, Geisteswissenschaftliches Zentrum, Raum 2.116, Beethovenstraße 15

Stadtvorstandssitzung

jeden 2. Dienstag, 19:00 Uhr

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden im Liebknecht-Haus (LHL) statt. Das linxxnet befindet sich in der Bornaischen Straße 3 d. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat ihren Sitz in der Harkortstraße 10.

Di., 21. Oktober 2014, 18:00 Uhr

Bildvortrag: GRATWANDERUNG - Kunstarbeit in der DDR. Mit Prof. Dr. Rainer Schade, Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle/Saale, RLS.

Di., 28. Oktober 2014, 18:00 Uhr

Vortrag und Diskussion: Marxismus-Leninismus - warum noch drüber reden? - Debatten um ein Stichwort im Historisch-kritischen Wörterbuch des Marxismus. Mit Wolfram Adolphi (Berlin). Moderation: Dr. Jürgen Stahl, RLS.

Do., 30. Oktober 2014, 15:00 Uhr

Sozialberatung mit Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

Do., 30. Oktober 2014, 18:30 Uhr

ROSA L. IN GRÜNAU - Politik braucht Sprache! Braucht Sprache Politik? Mit Prof. Dr. Peter Porsch, Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Klub Gshelka, An der Kotsche 51, 04177 Leipzig.

Mo., 10. November 2014, 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Stadtrat Sören Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

Do., 20. November 2014, 14:00 Uhr

Sitzung des Leipziger Stadtrates, Stadtratsaal, Neues Rathaus, Martin-Luther-Ring.

Do., 20. November 2014, 15:00 Uhr

Sozialberatung mit Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

Sa., 22. November 2014, 9:30 Uhr

2. Tagung des 4. Stadtparteitages, Veran-

staltungssaal der LVB Angerbrücke, Jahn-Allee 56.

Mo., 24. November 2014, 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Stadtrat Sören Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

Mi., 26. November 2014, 18:00 Uhr

Bildungsabend: Bildungspolitische Positionen der Partei DIE LINKE in Sachsen. Mit Cornelia Falken, MdL. Stadtteilzentrum Messemagisträle, Str. des 18. Oktober 10a

Sa., 29. November 2014, 10:00 Uhr

Terre de femmes - Aktionstag „NEIN zu Gewalt an Frauen“. Inhaltlicher Schwerpunkt ist in diesem Jahr Sexismus in der Werbung. Dazu findet ein Brunch statt. AG LISA. RLS.



www.die-linke.de

Mi., 10. Dezember 2014, 14:00 Uhr

Sitzung des Leipziger Stadtrates, Stadtratsaal, Neues Rathaus, Martin-Luther-Ring.

Mo., 15. Dezember 2014, 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Stadtrat Sören Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

DISPUT

Über Aktionen und Fraktionen, über Infostände und Hartz-IV-Beratung. Über »große« Politik und »kleine« Basisgruppe. Mit Berichten, Porträts, Interviews und Reportagen (nicht nur) aus dem politischen Alltag. Und mit einer einzigartigen Seite 48.

Jeden Monat für 2 Euro.
Im Jahresabo für 21,60 Euro:
DISPUT. Mitgliederzeitschrift der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin
disput@die-linke.de
Telefon (030) 24 00 95 10

DIE LINKE.

www.die-linke.de

Nach der Teilneuwahl: Fraktion DIE LINKE. im Leipziger Stadtrat



Siegfried Schlegel
(WK 0)



Franziska Rieckewald
(WK 0)



Steffen Wehmann
(WK 1)



Carola Lange
(WK 2)



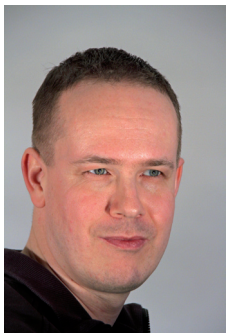
Margitta Hollick
(WK 3)



Alexej Danckwardt
(WK 3)



Juliane Nagel
(WK 4)



Marco Götze
(WK 4)



Adam Bednarsky
(WK 4)



Reiner Engelmann
(WK 5)



Mandy Gehrt
(WK 5)



Sören Pellmann
(WK 6)



Dr. Ilse Lauter
(WK 6)



Naomi-Pia Witte
(WK 7)



Rüdiger Ulrich
(WK 7)



Dr. Skadi Jennicke
(WK 8)



Birgitt Mai
(WK 8)



William Grosser
(WK 9)

Nächtliche Lärmbelastung durch Start der AN 124 – DIE LINKE fragt nach

Am Flughafen Halle/Leipzig besteht derzeit ein Nachtflugverbot für Passagiermaschinen in der Zeit von 23:30 Uhr bis 5:30 Uhr. Für Expressfrachtmaschinen gibt es ein solches Nachtflugverbot hingegen nicht.

Am 18.9.2014 startete eine AN 124 um 00:09 Uhr, am 27.9.2014 um 23:32 Uhr, am 1.10.2014 um 23:44 Uhr, am 3.10.2014 um 23:34 Uhr und am 5.10.2014 um 5:07 Uhr. Es erscheint mir unwahrscheinlich, dass eine Antonow 124 Expressgut befördert bzw. es

einen dringenden Grund für Starts in der Nacht gibt. Sie haben offenbar anderweitige Ursachen

Jenes Verhalten der Flughafenbehörde und der russischen/ukrainischen Betreiber ist vor allem aufgrund der mit den Starts verbundenen außerordentlichen Lärmbelastung rücksichtslos gegenüber den Anwohnern. Die Maschinen sind besonders laut während ihrer langen Anlaufzeiten und stören die nächtliche Ruhe in besonderem Maße.

Vor diesem Hintergrund habe ich mich

mit folgenden Fragen an den Leipziger Oberbürgermeister gewandt, die in der Ratsversammlung am 20. November beantwortet werden sollen:

1. Sind die aufgeführten Flugzeiten durch das Planfeststellungsverfahren gedeckt?
2. Nimmt die Stadt Leipzig Einfluss auf den Flughafen, damit im Rahmen von gegenseitiger Rücksichtnahme die Starts künftig in den Tagzeiten erfolgen?

William Grosser

Impressum:

Herausgeber: DIE LINKE. Stadtverband Leipzig, Braustraße 15, 04107 Leipzig, Fon: 0341/14 06 44 11, Fax: 0341/14 06 44 18
web: www.dielinke-leipzig.de, email: vorstand@die-linke-in-leipzig.de

Spendenkonto: Sparkasse Leipzig, Konto: 11 25 50 42 22, BLZ: 860 555 92

Redaktion: Steffi Deutschmann (V.i.S.d.P.), Nadja Guld, Dr. Christina Mertha, Sören Pellmann (Gestaltung, Stephan Sander, Simon Zeise).

Druck: Saxoprint

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die Nummer 11/2014 ist Montag, 3. November 2014. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnhaltende Kürzungen vor.

